



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

**Statement anlässlich der Pressekonferenz am 17. März 2009
in Frankfurt am Main**

Vorstellung des Aktionsplans der IG Metall zur Krisenbewältigung und des
„Frankfurter Appells“

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mittlerweile ist es eine sichere Erkenntnis:

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Krise von historischer Dimension.

Arbeitsplätze und industrielle Standorte sind in Gefahr.

Doch dies allein macht ihre historische Dimension nicht aus.

Diese Krise ist keine konjunkturelle Krise, wie sie die Marktwirtschaft alle Jahre wieder erlebt.

Wir haben das Ineinandergreifen von Finanzmarkt-, Konjunktur- und Strukturkrise – und das weltweit. Die Weltwirtschaft hat einen Systeminfarkt erlitten.

Für die IG Metall ist klar:

Wer diese Krise wirklich überwinden will, muss umdenken!

Die Vorstellung, nach der Krise sei es wie vor der Krise, ist absurd.

Wer diese Krise überwinden will, muss Strukturen der Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändern.

Es ist Aufgabe der Regierungen und Parteien, eine neue Politik zu entwickeln, die die Lehren aus der Krise zieht. Es ist aber auch die Verantwortung der gesellschaftlichen Kräfte, sich in diese Debatte mit Vehemenz und Engagement einzumischen.

Die IG Metall nimmt diese Verantwortung wahr.

Wir haben dies im Dezember mit unserem Sieben-Punkte-Programm getan. Eine Reihe von Vorschlägen ist Regierungspolitik geworden: Ich erinnere an die Umweltprämie für Altfahrzeuge, ich erinnere an die Verlängerung der Kurzarbeit und ich erinnere an den Bürgschaftsrahmen für Unternehmensfinanzierungen. All diese Maßnahmen dienen dazu, Brücken zu bauen, um die Krise zu überstehen.

Ein Viertel Jahr später wissen wir mehr über die Tiefe und Komplexität der Krise und nun ist es Zeit, die Debatte wieder zu beleben.

Meine Damen und Herren,

Die IG Metall schlägt einen detaillierten Aktionsplan für die Bewältigung der Krise und Stärkung unserer Zukunft vor. Ich will mich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren.

Unser Aktionsplan konzentriert sich auf vier Maßnahmenpakete.

Erstens: Wir schlagen einen **Rettungsschirm für Unternehmen** vor.

Unser erstrangiges Ziel muss die Vermeidung von Entlassungen in der Krise bleiben. Wir müssen aktiv Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung ergreifen.

Alle müssen sich verantwortlich fühlen, müssen in ihrem Verantwortungsbereich Maßnahmen und Konzepte entwickeln, um dieses Ziel zu erreichen.

Aufgefordert ist nicht nur der Staat. Aufgefordert ist jeder einzelne Arbeitgeber, jeder Großunternehmer und jeder Handwerker, aber auch jede Kommune und jede öffentliche Einrichtung.

In den letzten Wochen müssen wir eine absurde Debatte zur Kenntnis nehmen: Banken werden zu systemischen Instituten erklärt und erhalten Bürgschaften und vor allem Eigenkapital. Industrieunternehmen sollen dagegen über Märkte bereinigt werden. Der Staat dürfe nicht alle Unternehmen übernehmen.

Wir halten diese Debatte für falsch und in hohem Maße verwirrend.

Die IG Metall sagt deutlich: Industrielle Wertschöpfungsketten und industrielle Kerne sind für den Wohlstand und die politische Stabilität mindestens ebenso systemisch wie die Banken es für die Finanzmärkte sind. Die Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft!

In dieser Krise darf die industrielle Substanz nicht beschädigt werden. Den Strukturwandel können Industrieunternehmen nur dann erfolgreich gestalten, wenn sie nicht vorher insolvent werden.

Deshalb fordert die IG Metall die Einrichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung, der mit 100 Mrd. Euro ausgestattet wird.

Ziel dieser public equity ist es, genügend Kapital zur Überbrückung der Krise zur Verfügung stellen. Die Finanzierung soll nach unseren Vorstellungen über die von uns schon im Dezember vorgeschlagene Zukunftsanleihe erfolgen.

In der Industrie liegt Deutschlands Potenzial und auch seine Zukunft.

Die industrielle Kernkompetenz Deutschlands muß erhalten werden, unabhängig davon, welcher Markenname draufsteht und unabhängig davon, wie groß das Unternehmen ist.

Ich sage das ganz bewusst in Richtung Industrie- und Arbeitgeberverbände und ich sage das in Richtung des neuen Vorsitzenden der „Wirtschaftsweisen“, Wolfgang Franz:

Hören Sie endlich auf, diese ideologischen Schlachten von gestern zu schlagen.

Wir können uns den Luxus wettbewerbspolitischer Sandkastenspiele nicht mehr leisten!

Neben der Sicherstellung von Überbrückungsfinanzierung fordern wir die Bundesregierung auf, ein Konzept zum Erhalt der industriellen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu erarbeiten.

Die Bundesregierung ist kein Zaungast der wirtschaftlichen Entwicklung.

Sie darf den Strukturwandel nicht nur kommentieren, sie muss agieren. Die IG Metall bietet ausdrücklich an, an der Erarbeitung eines derartigen Konzeptes mitzuwirken.

Um die Nachfrageschwäche in der nahen Zukunft abzumildern und damit die Produktion in unseren Fabriken aufrecht zu erhalten, gilt es ein Konjunkturpaket III vorzubereiten und weitere Kaufanreize zu schaffen. Die Umweltprämie hat gezeigt, wie enorm wichtig solche Maßnahmen für die Beschäftigung sind. Deshalb: Die Umweltprämie für Altautos muss bis Ende 2009 verlängert, notwendige Finanzmittel müssen bereitgestellt werden.

Wir fordern darüber hinaus, das Insolvenzrecht auf das Ziel Unternehmensfortführung auszurichten. Es kann nicht richtig sein, dass in der Krise die Gläubiger zu befriedigen sind. Es gilt das Unternehmen am Leben zu erhalten und die Arbeitsplätze zu retten.

Auch der Arbeitsmarkt muss sozial reguliert werden. Zehntausende Leiharbeiter sind in den letzten Monaten klammheimlich abgeschoben worden - ohne Rechte, ohne Ansprüche, ohne Sicherheit. Das muss sich ändern.

Meine Damen und Herren,

in einem zweiten Maßnahmenkatalog fordern wir die **Demokratisierung der Wirtschaft**.

Wenn wir über den Tag hinaus erfolgreich sein wollen, müssen wir unsere ökonomischen Leitbilder verändern. Nicht das Wohl des Aktionärs darf unternehmerisches Leitmotiv sein, sondern eine soziale und nachhaltige Unternehmensentwicklung.

Die Interessen der Beschäftigten und das Gemeinwohl müssen höher behandelt werden, als die Interessen von Aktionären und Eigentümern.

Deshalb fordert die IG Metall eine Änderung des Aktienrechts.

Vorstand und Aufsichtsrat sollten nicht nur auf das „Wohl des Unternehmens“ verpflichtet werden, sondern gleichrangig auf das Wohl der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit.

Das wäre ein Kulturbruch in der ökonomischen Verfasstheit, der weitreichende positive Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserer Gesellschaft hätte.

Auch die Vergütungen der Vorstände müssten danach bemessen werden, ob sie das Unternehmen nachhaltig führen, statt es hechelnd von Quartalsergebnis zu Quartalsergebnis zu treiben.

Letztlich muss auch die letzte demokratiefreie Zone der freien, aufgeklärten Gesellschaften fallen: Das private Unternehmen.

Unternehmensmitbestimmung muss es in jedem Unternehmen über 200 Beschäftigte geben, unabhängig von der Rechtsform. Und: Betriebsschließungen sollten ohne die Zustimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nicht mehr möglich sein.

Fehlentwicklungen einzelner namhafter Unternehmen, wie beispielsweise OPEL, haben gezeigt, was es heißt, jahrelange Empfehlungen und Mahnungen der Arbeitnehmerseite arrogant in den Wind zu schreiben. Das soll in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Ob in der Unternehmens- oder in der betrieblichen Mitbestimmung: Die Teilhabe der Menschen an den wirtschaftlichen Entwicklungen der Unternehmen ist überfällig.

Meine Damen und Herren,

drittes Maßnahmenpaket unseres Aktionsprogramms ist die **Regulierung der Vermögens- und Finanzmärkte**.

Die IG Metall fordert neue Verkehrsregeln für die Finanzmärkte und eine Stärkung der Finanzmarktaufsicht. Dem freien Schalten und Walten der Banken im luftleeren Raum muss ein Ende bereitet werden. Steueroasen müssen gesetzlich ausgetrocknet werden, Aktien- und Devisengeschäfte mit einer Transaktionssteuer belegt werden.

Letztlich gilt es, die **Lasten der aktuellen Krise nicht allein auf den Rücken der Arbeitnehmer abzuladen**. Wir müssen die Vermögen zur Finanzierung der Krisenlasten heranziehen: Spitzeneinkommen müssen höher besteuert werden, mittlere und niedrige Einkommen müssen entlastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die IG Metall plädiert grundsätzlich für einen anderen Entwicklungsweg.
Wir nennen dies einen sozialen, demokratischen und ökologischen Zukunftsvertrag.

Die öffentliche Auseinandersetzung in den nächsten Wochen und die Bundestagswahl werden darüber entscheiden, ob der Weg in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund fortgesetzt wird oder ob ein neuer Entwicklungspfad bestritten wird.

Wir haben unseren Aktionsplan auf den Tisch gelegt.
Er stellt nicht die zehn IG Metall-Gebote der Krisenbewältigung dar.
Er ist unser Vorschlag und ein Angebot für einen realistischen Weg aus der Krise und eine bessere Zukunft. Wir müssen jetzt etwas tun, sonst werden die Folgen der Krise verheerend sein.

Der Markt heilt sich nicht selbst. Die Politik muss handeln.
Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.